

Sperrfrist, 18 Oktober 2007, 18:30 Uhr

Universität Luzern

Donnerstag, 18. Oktober 2007

18.15 Uhr

Marianischer Saal, Luzern

**Ansprache von
Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey**
Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige
Angelegenheiten

**«Fünf Jahre Schweiz in der UNO – Bilanz und
Perspektiven»**

Es gilt das gesprochene Wort

1. Einleitung

Frau Nationalrätin

Herr Botschafter

Herr Rektor der Universität Luzern

Herr Stadtpräsident

Meine Damen und Herren Professorinnen und Professoren

Liebe Studierende

Liebe Freundinnen und Freunde der Vereinten Nationen

Zuallererst möchte ich dem Forschungsnetzwerk UNO Academia dafür danken, dass es mich eingeladen hat, anlässlich seiner ersten Jahreskonferenz zu Ihnen zu sprechen. Ich bin glücklich, dass ich heute bei Ihnen sein darf, und freue mich über den Start des neuen Forschungsnetzwerks.

Diese erste Jahreskonferenz des Forschungsnetzwerks UNO Academia ist ein wichtiges Ereignis. Damit wird nämlich in Bezug auf UNO-Fragen eine neue Ära eröffnet: eine Ära verstärkter Kontakte zwischen Hochschulen, internationalen Organisationen in der Schweiz und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten. Eine enge Zusammenarbeit wird sowohl die Wirksamkeit wie die Legitimität der UNO fördern – davon bin ich überzeugt. Auf schweizerischer Ebene stelle ich fest, dass sie bereits nachhaltig zum Erfolg schweizerischer Initiativen in der UNO beigetragen hat.

Die hervorragende Qualität des akademischen Umfelds in unserem Land trägt zudem wesentlich dazu bei, dass die Schweiz als Standort multilateraler diplomatischer Aktivitäten attraktiv ist. Entscheidend ist dabei, dass sich der wissenschaftliche und der politische Prozess gegenseitig ergänzen und befruchten. Ich zähle auf das Forschungsnetzwerk, das als geistiger Anreger dienen, die Diskussionen bereichern und Lösungen für die Probleme unserer Zeit anbieten kann.

In diesem Sinne freue ich mich, dass UNO Academia und das Jugend-UNO-Netzwerk Schweiz (JUNES) heute in Luzern ihre jeweiligen Gründungsversammlungen abgehalten haben und wünsche diesen beiden Initiativen viel Erfolg. Ich hoffe und wünsche mir, dass UNO Academia, JUNES und unsere langjährigen Partner wie die «Gesellschaft Schweiz–UNO» ihre Anstrengungen bündeln, damit daraus ein reicher und fruchtbarer Austausch entsteht. Die Schweiz wird ihre Rolle als pragmatische Vorkämpferin zugunsten einer vermehrten Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Tätigkeiten der Vereinten Nationen weiterverfolgen. Wir zählen dabei auf die Unterstützung von Ihnen allen, damit das Beispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit, wie Sie sie hier aufgenommen haben, Schule macht.

In diesem Jahr begehen wir den 5. Jahrestag des Beitritts der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen. Das Thema für die erste Jahreskonferenz von UNO Academia lag deshalb auf der Hand.

Die Tätigkeit der Schweiz in den vergangenen fünf Jahren innerhalb der Vereinten Nationen hat dazu beigetragen, dass die weltweite

Präsenz und Glaubwürdigkeit unseres Landes gestärkt worden sind. Die internationale Gemeinschaft sieht und beurteilt uns heute anders, denn:

- Im Rahmen der UNO haben wir die Möglichkeit, unsere Positionen direkt zu erklären und verständlich zu machen.**
- Wir können Initiativen ergreifen in Bereichen, die für uns Priorität haben, und können diese Initiativen zur Geltung bringen.**

Wir leisten nicht mehr nur einen finanziellen Beitrag, sondern können die laufenden Arbeiten der Weltorganisation auch inhaltlich mitgestalten.

Diese positive Bilanz geht letztlich auf einen Entscheid des Schweizervolkes zurück. In der Tat ist die Schweiz das einzige Land, das sich in einer Volksabstimmung zum UNO-Beitritt entschlossen hat. Diesen Erfolg verdanken wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, aber auch Persönlichkeiten wie meinem Amtsvorgänger Joseph Deiss, die sich in der Abstimmungskampagne für den Beitritt starkgemacht haben.

Die Wahl Luzerns für diese erste Jahreskonferenz ist nicht zufällig, nein: sie hat symbolische Bedeutung. Denken wir daran, dass das Volksmehr mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen zwar eindeutig ausfiel, dass aber das Ständemehr nicht hätte knapper sein können. Der Kanton Luzern, dessen Gäste wir heute sind, spielte damals die Rolle des «Swing State», hat er doch mit seinen 51 Prozent Ja-Stimmen dafür gesorgt, dass das Ja zum UNO-Beitritt sich schliesslich durchgesetzt hat.

Mein Damen und Herren,

seit ihrem UNO-Beitritt verfügt die Schweiz über ein neues, essentielles Instrument zur Wahrnehmung ihrer Interessen.

Dank dem UNO-Beitritt wird die Schweiz nicht mehr als Sonderfall, als Randphänomen wahrgenommen, sondern als ein Mitgliedstaat, der etwas zu sagen hat und über ausgeprägte Kompetenzen verfügt.

Die Schweiz gehört zu den Staaten, die keine Machtpolitik mit entsprechenden militärischen Druckmitteln betreiben. Staaten wie die Schweiz sind darauf angewiesen, zur Wahrung ihrer Interessen auf das internationale Recht und auf politische Einflussnahme statt auf Machtpolitik zu setzen. Für unser Land ist es von grosser Wichtigkeit, dass es sich auf eine internationale Organisation und auf die in der UNO-Charta verbrieften fundamentalen Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit stützen kann.

Der Bundesrat wird nicht müde zu betonen, wie wichtig das Völkerrecht als Eckpfeiler unseres aussenpolitischen Handelns ist. Je mehr sich die internationale Staatengemeinschaft auf gemeinsame und vorhersehbare rechtliche Regeln verpflichtet, desto besser werden auch die Interessen der Schweiz gewahrt.

Deshalb haben wir ein grosses Interesse an der Konsolidierung und Ausweitung eines internationalen Systems, das auf dem Vorrang des Rechts beruht. Nicht zuletzt deshalb sind wir der UNO mit ihren

Regeln und Verpflichtungen beigetreten und können nun zur Konsolidierung und Weiterentwicklung dieses Systems beitragen. Wir stehen heute vor neuen, weltweiten Herausforderungen. Probleme wie Migration, Pandemien, Terrorismus, Armutsbekämpfung und Schutz der natürlichen Umwelt können nur durch globale, konzertierte Anstrengungen bewältigt werden. Als weltumspannende Organisation ist die UNO für die Schweiz ein wesentliches Instrument, wenn solche Probleme angepackt und gelöst werden sollen.

Diese eminent wichtige Rolle, welche die UNO für die Umsetzung unserer aussenpolitischen Ziele spielt, erklärt auch, weshalb sich die Schweiz so stark in den Reformprozess der UNO eingebracht hat. Denn wenn einem schon ein neues Instrument zur Verfügung steht, sollte es auch so modern und so effizient wie nur möglich sein!

Die Vereinten Nationen ermöglichen es der Schweiz auch, eine besondere Rolle als Gaststaat zahlreicher internationaler Organisationen wahrzunehmen:

- 25 internationale Organisationen haben ihren Sitz in der Schweiz;**
- mehr als 150 Staaten unterhalten eine Vertretung in unserem Land.**

Das internationale Genf verschafft der Schweiz einen privilegierten Zugang zu sehr vielen Organisationen und Staaten. Die Schweiz hat so die Möglichkeit, in einem Umfang Einfluss zu nehmen, der in keinem Verhältnis zum objektiven Gewicht unseres Landes in den internationalen Beziehungen steht. In diesem Sinne ist das

internationale Genf ein hervorragender Katalysator zur Umsetzung unserer aussenpolitischen Ziele.

Wie Sie sehen, ist der Beitrag der Vereinten Nationen, fünf Jahre nach unserem Beitritt, sehr wichtig, und zwar sowohl im Bereich der grundlegenden politischen Ziele als auch für die praktische Wahrung unserer Interessen. Ich möchte nun auf die Frage eingehen, was die Schweiz der UNO bringt.

Die Schweiz empfängt zwar sehr viel von der UNO, aber sie will sich auch in der Weltorganisation einbringen und sich an deren Tätigkeiten voll beteiligen. Ihr Engagement in der UNO hat drei Hauptaspekte:

- a) Finanzielles Engagement: Mit 1,216 Prozent des UNO-Haushalts nimmt die Schweiz den 14. Rang unter den Beitragszahlern ein, mit anderen Worten: sie ist eine gewichtige Akteurin.**
- b) Engagement durch politische Initiativen (Menschenrechtsrat, Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates, Identifizierung und Rückverfolgung von Kleinwaffen, Migration).**
- c) Engagement durch die Präsenz von Schweizerinnen und Schweizern auf allen Ebenen der UNO. Erwähnt sei hier nur Professor Nicolas Michel, als Untergeneralsekretär für Rechtsangelegenheiten und Rechtsberater der zur Zeit höchste Schweizer in der UNO.**

Nach unserem UNO-Beitritt hat der Bundesrat Prioritäten festgelegt, die unseren Interessen, aber auch den anerkannten Kompetenzen unseres Landes entsprechen.

In der Tat verfügt die Schweiz über gewisse Stärken, die sie in der UNO einbringen kann:

- Die Stellungnahmen der Schweiz sind im Recht verankert und deshalb vorhersehbar.**
- Die humanitäre Tradition und die Rolle als Depositärstaat der Genfer Konventionen verleihen unserem Land besondere Glaubwürdigkeit im Bereich des humanitären Völkerrechts.**
- Die Schweiz leistet einen bedeutenden Beitrag an den UNO-Haushalt.**
- Als Gaststaat des europäischen UNO-Hauptsitzes und zahlreicher Sonderorganisationen hat die Schweiz einen besonderen Status.**

Angesichts ihrer Interessen und ihrer Stärken hat sich die Schweiz nach ihrem Beitritt entschieden, sich konkret auf folgende Prioritäten zu konzentrieren:

- Förderung von Frieden und internationaler Stabilität;**
- Förderung der Menschenrechte und der menschlichen Sicherheit, insbesondere Kampf gegen Personenminen und die illegale Verbreitung von leichten Waffen;**
- stärkere Kohärenz in der internationalen Zusammenarbeit zugunsten der nachhaltigen Entwicklung;**
- Beitrag zur Entwicklung und Stärkung des Völkerrechts und zu dessen Vollzug;**

- **Stärkung des schweizerischen Angebots als Gaststaat (internationales Genf) angesichts der internationalen Konkurrenz;**
- **Fortsetzung unserer aktiven Mitwirkung im Reformprozess der UNO.**

Obwohl die Schweiz erst seit 5 Jahren UNO-Mitglied ist, gilt sie in den Augen der übrigen Mitgliedstaaten bereits als engagierte und respektierte Akteurin.

Seit dem Beitritt zur UNO hat sich die Schweiz in verschiedenen Bereichen mit eigenständigen Ideen und Initiativen eingebracht:

- **Die Schaffung des Menschenrechtsrats geht auf eine Idee der Schweiz zurück. Am 18. Juni dieses Jahres haben sich die Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrates auf die Instrumente geeinigt, welche die institutionelle Konsolidierung des Rates besiegeln. Damit verfügt der Rat nun, ein Jahr nach seiner Gründung und gestützt auf das Mandat der UNO-Generalversammlung, über eigene Mechanismen. Dank dieser neuen institutionellen Architektur wird sich eine effektive Erneuerung des multilateralen Systems zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte bewerkstelligen lassen. Die Schweiz wird sich im Rahmen ihres weiteren Engagements dafür einsetzen, dass der Rat seine Aufgaben effizient wahrnehmen kann.**
- **Mit der Initiative zur Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats bezwecken die Schweiz und ihre Partner eine erhöhte Transparenz und einen verstärkten Miteinbezug von Nicht-Mitgliedern in die Entscheidungsprozesse des**

Sicherheitsrats. Auch setzen wir uns für eine Regulierung des Vetogebruchs durch die permanenten Mitglieder des Rats ein. Wird ein Veto gegen eine Resolution eingelegt, soll das entsprechende Ratsmitglied dieses begründen. Auch sollen die ständigen Mitglieder in den Fällen von Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts auf ihr Vetorecht verzichten. Der Sicherheitsrat hat einige der in der Initiative enthaltenen Anregungen aufgenommen. Die Schweiz und ihre Partner werden sich in diesem Bereich auch künftig engagieren.

- **Ein wichtiges Instrument des Sicherheitsrats zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit sind Sanktionen gegen Einzelpersonen und Unternehmen. Gemeinsam mit gleich gesinnten Partnern hat die Schweiz eine Initiative gestartet, die ein faires und transparentes Verfahren für die Betroffenen sowohl hinsichtlich Aufnahme wie auch Streichung von einer Sanktionsliste gewährleisten soll (sog. *Listing/De-listing Initiative*). Diese Bemühungen haben erste Früchte getragen. Die Schweiz wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass letztlich ein Verfahren im Sanktionsbereich errichtet werden kann, welches rechtsstaatlichen Prinzipien genügt, indem es insbesondere einen unabhängigen Überprüfungsmechanismus vorsieht.**
- **Unter Schweizer Führung einigte sich eine repräsentative Gruppe von Staaten im Juni 2005 nach zweijährigen Verhandlungen auf ein internationales Instrument zur Identifizierung und Rückverfolgung von illegalen Kleinwaffen und leichten Waffen. Neben einer breiten Definition für diese**

Waffenkategorien wurde auch ein Katalog internationaler Standards zu deren Markierung und Registrierung verabschiedet.

Diese Beispiele erhellen, dass das Engagement der Schweiz auch in Zukunft gefragt ist. Neben den bereits erwähnten „Baustellen“ wollen wir uns aktiv für mehr Kohärenz im operationellen System der Vereinten Nationen engagieren. Auch plädieren wir für die Stärkung der internationalen Umweltgouvernanz, wo unser ständiger Vertreter in New York zusammen mit seinem mexikanischen Kollegen im Auftrag des Präsidenten der Generalversammlung als Fazilitator wirkt. Und wir wollen einen Beitrag leisten zur Relevanz der UNO im Bereich der Prävention und der Beilegung von Konflikten, insbesondere in der Friedenssicherung und der Vermittlung.

Wir wollen schliesslich auch unsere institutionelle Position stärken. Ich denke dabei namentlich an eine allfällige Kandidatur bei der Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission), an eine verstärkte Beteiligung von Schweizerinnen und Schweizern auf allen UNO-Ebenen und – mittelfristig – auch an eine allfällige Kandidatur für den Sicherheitsrat. Ich sehe nicht ein, warum die Schweiz zwar unter den Beitragszahlern den 14. Rang einnimmt, aber keine Mitsprachemöglichkeiten hat, wenn es um die Ausarbeitung von Mandaten zur Friedenskonsolidierung geht. Nur als Mitglied des Sicherheitsrats könnte unser Land bei der Festlegung solcher Mandate mitreden. Ganz allgemein könnte sie als Mitglied des Sicherheitsrats grösseren Einfluss nehmen auf Anliegen, die ihr wichtig sind und ihre Interessen damit effizient vertreten.

Die Schweiz hat innerhalb der Vereinten Nationen eine etwas spezielle Position. Sie gehört keinem grossen Bündnis an, sie ist weder Mitglied der Europäischen Union noch der NATO. Das kann durchaus ein Vorteil sein, ermöglicht dies doch unserem Land, als kreativer Akteur mit grossem Handlungsspielraum aufzutreten.

Aber diese Ungebundenheit ist auch mit Nachteilen verknüpft: Auf sich alleine gestellt, ist die Schweiz häufig isoliert. Für ihre Initiativen oder ihre Kandidaturen muss sie in der UNO dauernd nach Mehrheiten suchen.

Was die Tätigkeiten der UNO im Allgemeinen und den Reformprozess im Besonderen angeht, so ist unsere Fähigkeit, brauchbare Vorschläge für konkrete Lösungen auf der Basis des Multilateralismus einzubringen, in der UNO inzwischen anerkannt. Mit ihren Vorschlägen hat die Schweiz eine Art «Schweizer Modell» entwickelt: Wir schlagen konkrete Lösungen vor und versuchen diese zuerst im Rahmen einer Gruppe von Staaten voranzutreiben, die im jeweiligen Fall gleich gelagerte Interessen haben, um sie dann in bestehende Diskussionsprozesse einzubringen. Dieses Vorgehen, das wir als «flexible Strategie transregionaler Kooperationen» umschreiben, hat sich zum Beispiel im Rahmen der Schaffung des neuen Menschenrechtsrates als besonders effizient erwiesen.

Nach Auffassung des Bundesrates haben sich der UNO-Beitritt und die aktive Mitwirkung unseres Landes in der Weltorganisation positiv ausgewirkt. Nun gilt es, das Erreichte zu konsolidieren und unsere Fähigkeit zum Ergreifen von Initiativen zu verstärken.

- **Mit dem UNO-Beitritt hat die Schweiz weder ihre Seele verkauft noch irgendeinen ihrer Grundwerte preisgegeben. Ihre Neutralität bleibt gewährleistet, und unser Land verfügt über ein neues Forum, auf dem es seine guten Dienste anbieten kann.**
- **Durch den Beitritt hat die Politik der Schweiz an Ausstrahlung und an Sichtbarkeit gewonnen; die Vereinten Nationen ermöglichen es unserem Land, eine weit grössere Rolle zu spielen, als dies sein geografisches und demografisches Gewicht erwarten liesse.**
- **Deshalb will der Bundesrat – gestützt auf den Volksentscheid von 2002 – die aktive Mitwirkung der Schweiz in der UNO weiterführen und damit die Interessen unseres Landes verteidigen.**

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.